Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 2

Artikel: Die Militärfrage einst und jetzt
Autor: Frank, Ludwig
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336563

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

LUDWIG FRANK

Die Militärfrage einst und jetzt

I. Persönliche Vorbemerkung

Wenn einer mehr als ein Jahrzehnt lang einen großen Teil seiner Zeit und Kraft darauf verwendet, für die militärische Abrüstung der Schweiz einzutreten, und sich bald danach in einen sehr gutwilligen, wenn auch militärisch unbegabten Territorialsoldaten verwandelt, so ist er sich und anderen über die Gründe dieser Sinnesänderung Rechenschaft schuldig. Äußere Ursachen haben die schon längst geplante Ablegung dieser Rechenschaft verzögert. Nachdem die Frage aber gerade jetzt aus bekannten Gründen wieder eine unheimliche Aktualität erlangt hat, darf diese Gewissenserforschung nicht länger aufgeschoben werden.

Es scheint Leute zu geben, die dankbar sind, wenn ihre antimilitaristische Vergangenheit mit dem sogenannten Mantel der christlichen Nächstenliebe zugedeckt wird. Ich für meinen Teil habe, wenigstens in diesem Zusammenhang, dieses Kleidungsstück nie begehrt. Erkannte Irrtümer sind dazu da, um daraus zu lernen, und dies ist der Zweck der nachfolgenden Überlegungen.

II. Einst

Es war anfangs 1924, als ich in einer sozialdemokratischen Ortspartei meine Ansichten über die Militärfrage zur Diskussion stellte und sozusagen einhellige Zustimmung fand. Wir waren damals zeitlich fast genau gleich weit vom Ende des ersten Weltkrieges entfernt wie heute vom Abschluß des zweiten.

Aus dem Referat in der Partei entstand ein Artikel für die «Rote Revue» (3. Jahrgang, Seite 383, und 4. Jahrgang, Seite 13), dem etwa folgender Gedankengang zu Grunde lag:

Der (damals) hinter uns liegende Krieg hat im Bewußtsein der Menschen nicht lange nachgewirkt. Insbesondere in unserem Lande ist der gesamte militärische Betrieb schon bald nachher fröhlich wieder auferstanden und schon wieder bis zum Schützenfest-Patriotismus im engsten Sinne dieses Wortes gediehen, wobei auch die Arbeiterschaft ganz unbefangen mitgemacht hat.

Entweder: Wenn wir uns darauf einrichten wollen, jemals Krieg zu führen, so ist es ein Verbrechen, einen einzigen Mann, der allenfalls noch tauglich wäre, dienstfrei zu lassen oder ein einziges Maschinengewehr weniger anzuschaffen, als wir allenfalls verwenden können. Wenn wir jemals Krieg führen wollen, so ist die militärische Ausbildung, wie sie zur Zeit (also damals) betrieben wird, eine verbrecherische Leichtfertigkeit. Jeder Schweizer müßte zu einem Soldaten mit Leib und Seele erzogen werden, der seine ganze Freizeit der Pflege seiner Marsch- und Schießtüchtigkeit und seiner Körperkraft widmet. Dazu sollten wir einige Hundert gründlich ausgebildete Flieger haben, sowie die nötige schwere und schwerste Artillerie.

Dazu kommt die moralische Seite: Menschen, die den Krieg verabscheuen, können keine vollwertigen Soldaten sein. Also Erziehung der Jugend zur Verachtung des Menschenlebens, zum Ehrgeiz und zum Herrschbedürfnis. Außerdem sollte das Vaterland dem Soldaten auch Werte bieten, die den Einsatz des eigenen Lebens wirklich rechtfertigen.

Oder: Wir verzichten auf die Kriegsrüstung, wenden das viele Geld, das sie kostet, besseren Zwecken zu, erziehen unser Volk zur Ehrfurcht vor dem Menschenleben, zur friedlichen Arbeit, zum Sozialismus.

Überhaupt, was wollen wir eigentlich verteidigen? Den Alpstein, den Gotthard, den Vierwaldstättersee kann man uns nicht wegnehmen. «Auch die Einwohner aus einem Gebiet zu vertreiben, ist heute (1924!) nicht mehr üblich.» Denkbar wäre höchstens, daß einzelne Teile der Heimat durch Landesgrenzen von den übrigen getrennt werden. Hauptbeispiel: Die Italiener nehmen uns Tessin und Mesolcina weg. So schmerzlich das wäre, ließe es sich wohl verantworten, das Leben von 100 000 Schweizersoldaten und ungezählten Zivilisten zu opfern, um eine solche Grenzverlegung vielleicht zu verhindern? Die Änderung wäre ja auch für die Betroffenen viel weniger einschneidend als etwa ein halbes Jahrhundert früher, denn Italien war vor Mussolini eine ganz leidliche konstitutionelle Monarchie und wird es nachher erst recht wieder sein. (Geschrieben 1924!)

Unser Leben aber und dasjenige der nicht Kämpfenden wird gewiß am besten gesichert sein, wenn wir von vornherein auf jede Kriegführung verzichten. Neben der Bedeutung der Menschenleben fallen die materiellen Güter überhaupt nicht ins Gewicht. Unsere Freiheit und Selbständigkeit ist mit militärischen Mitteln nicht zu verteidigen, denn entweder geraten wir in die Gewalt unserer Feinde oder in diejenige unserer mächtigen Verbündeten. Und um was würde schließlich im Zukunftskrieg gekämpft? Um asiatische Petrolfelder, um chinesische Kohlen oder um lothringisches Erz.

Endlich sind wir ganz einfach zu klein, um den Verlauf eines Weltkrieges irgendwie zu beeinflussen. Das ergibt sich schon aus geometrischen Ueberlegungen. Wenn wir aber abrüsten, so wird dieser Schritt als Vorbild ein Gewicht erhalten, das weit über die dadurch bewirkte Veränderung militärischer Machtverhältnisse hinausgeht.

Die praktischen Vorschläge für die Durchführung ergaben sich aus dieser Betrachtungsweise und sind heute nicht mehr von Interesse. Erwähnt sei nur, daß die Dienstverweigerung als Kampfmittel abgelehnt, als Gewissenstat dagegen gebilligt wurde.

III. Inzwischen

Es entstand eine lebhafte Diskussion innerhalb der Partei und weit darüber hinaus. Es gab öffentliche, zum Teil kontradiktorische Versammlungen, in denen übrigens von beiden Seiten durchaus anständig gefochten wurde. Nur die Militärgerichte blieben von der ganzen Problematik völlig unberührt und ließen es sich nicht nehmen, jeden Dienstverweigerer für Jahre in den bürgerlichen Ehren und Rechten einzustellen.

In der Partei erhoben prominente Genossen ihre Stimmen gegen die Gefahr, daß der Kampf gegen die Kriegsrüstung vom Kampf gegen den Kapitalismus ablenke, während doch in Wirklichkeit der Krieg erst mit der Beseitigung des heutigen Wirtschaftssystems abgeschafft werden könne.

All dies dauerte bis Mitte der dreißiger Jahre. Dann verstummte der Ruf nach Abrüstung, und bald war außer den wenigen grundsätzlichen Gegnern jeder Gewaltanwendung niemand mehr da, der sich der rasch einsetzenden Aufrüstung entgegengestellt hätte. Wer jene Zeit miterlebt hat, weiß oder glaubt zu wissen, daß wir diese Sinnesänderung einzig «dem Führer verdanken». Ob dies genau stimmt, sei hier nicht näher untersucht, da wir die Grundfrage hier vom Standpunkt unserer heutigen und nicht unserer damaligen Erkenntnis aus untersuchen wollen.

IV. Jetzt

Überprüfen wir nun unsere Überlegungen von 1924 im Lichte unserer seitherigen Erfahrungen und Erkenntnisse, so dürfen wir eine wahrhaft erhebende Feststellung vorausschicken: Zwischen wirklichen Demokratien, in denen die öffentliche Meinungsäußerung frei ist und das Volk seinen Willen wirklich durchsetzen kann, sind Kriege nunmehr wohl ausgeschlossen, und zwar trotz mehr oder weniger kapitalistischen Wirtschaftssystemen. Mögen in Großbritannien die Konservativen und in den USA die Republikaner wieder ans Ruder kommen, es ist undenkbar, daß sich eines dieser Völker trotz allen Unvollkommenheiten ihrer Staatsformen in einen Angriffskrieg gegen ein anderes demokratisches Land hineinmanövrieren läßt. Das rührt nicht von der größeren Tugendhaftigkeit der Menschen her, sondern davon, daß heute infolge der Fortschritte der Kriegstechnik, die zum totalen Krieg geführt haben, nur noch eine kleine Minderheit von Menschen hoffen kann, aus einem Krieg irgendeine Art von Gewinn zu ziehen.

Oder wird etwa in den USA eine Partei Wahlen damit zu gewinnen versuchen, daß sie den Präventivkrieg predigt? Der letzte Angriffskrieg eines mehr oder weniger demokratischen Landes gegen ein anderes ist der Burenkrieg vor etwa 50 Jahren gewesen. Er wird der letzte bleiben. Wir wagen sogar zu behaupten, daß es nicht einmal mehr einer überstaatlichen Organisation (Völkerbund, UNO) bedürfte, um Kriege zwischen Demokratien im westlichen Sinne auszuschließen. Es war deshalb irrig, die Frage zu stellen, ob es sich rechtfertige, Menschen in großer Zahl zu opfern, um den Übergang eines Teiles der Schweiz an eine andere Demokratie zu verhindern. Schon damals hätte keine wirkliche Demokratie mehr versucht, auf Kosten einer andern Gebiet zu erwerben.

Der grundlegende Fehler von damals (den auch die Diskussionsgegner nicht erkannt haben) lag aber darin, daß wir die Demokratie in Europa als eine unabänderliche Selbstverständlichkeit voraussetzten. Wie sollte auch ein Volk, das sich selbst regierte, später wieder hierauf verzichten wollen! Gewiß, es gab zu jener Zeit den noch in seinem Anfang stehenden italienischen Faschismus, doch das konnte nur eine vorübergehende Fehlleistung sein.

Deutschland? Der junge Jurist von 1924 hatte die Weimarer Verfassung geprüft und sie trotz gewissen Mängeln als gut demokratisch, ja in einzelnen Punkten sogar als vorbildlich befunden. Gewiß, es gab schon damals Erscheinungen wie den Kapp-Putsch, die verschiedenen «Freikorps» usw., aber wer konnte im Ernst daran denken, daß ein so gescheites Volk wie die Deutschen solchen Strömungen zum Opfer fallen werde!

Wir haben festgestellt, es sei inskünftig ausgeschlossen, daß eine Demokratie (der Begriff im westeuropäisch-nordamerikanischen Sinne verstanden) ihresgleichen militärisch angreift, ja überhaupt einen Angriffskrieg führt. Leider ist auch die Umkehrung dieses Satzes richtig: Wo keine Demokratie herrscht, und zwar wirklich herrscht, besteht grundsätzlich die Gefahr militärischer Abenteuer. Dieser Satz sollte für um die Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts lebende Menschen keiner weiteren Begründung mehr bedürfen. Aber noch immer gibt es wohlmeinende Leute, die da glauben, mit einem Diktator wie mit einem anständigen Menschen eine Vereinbarung über friedliches Nebeneinanderleben abschließen und sich dann auf seine Vertragstreue verlassen zu können.

Nachdem wir es, was 1924 nicht vorauszusehen war, nicht mehr mit vermeintlich oder wirklich demokratischen Staaten zu tun haben, sondern mit dem, was man heute (eigentlich ungenau) als Diktatur bezeichnet, ist der ganzen Argumentation von damals der

Boden entzogen. Dabei ist es vollkommen einerlei, ob die Diktatur rot, braun oder schwarz angestrichen und ob der Schnurrbart des Diktators kurz oder lang ist.

Die Frage ist nicht mehr, ob uns dieser oder jener Gebietsteil könnte entrissen werden, sondern ob die Schweizerische Eidgenossenschaft als zwar unvollkommene, aber doch wirkliche Demokratie gänzlich verschwinden, ja, ob das, was wir unter Demokratie verstehen, überhaupt auf dieser Welt ausgetilgt werden darf. Es ist auch keine Selbstverständlichkeit mehr, daß ein Volk nicht aus seiner Heimat vertrieben werden darf, ja, wir haben es erlebt, daß allen Ernstes die regelrechte Ausrottung ganzer Völker an die Hand genommen und weitgehend durchgeführt wurde. Wir werden also unter Umständen buchstäblich um unser Leben kämpfen müssen.

Sogar unsere Annahme, daß eine schweizerische Armee wegen ihrer zahlenmäßigen Kleinheit außerstande sein werde, auf die Ereignisse eines Krieges irgendwelchen Einfluß auszuüben, ist durch den Verlauf des zweiten Weltkrieges wenigstens in Frage gestellt worden. Nach allem, was wir heute wissen, erscheint es durchaus wahrscheinlich, daß das Vorhandensein dieser Armee tatsächlich beigetragen hat, zu verhindern, daß uns das Schicksal der Niederlande und der andern von den Deutschen besetzten Länder bereitet wurde. Auf der andern Seite kann man heute nicht mehr so einfach wie 1924 (damals gewiß zutreffend) sagen, in einem künftigen Kriege werde in Wirklichkeit um Petroleum, Kohlen oder Erz gekämpft. Gewiß würden auch Ziele dieser Art ihre Bedeutung haben, und zwar für beide Seiten, aber es läßt sich bei der heutigen Lage nicht mehr bestreiten, daß es im wesentlichen um Demokratie oder Diktatur gehen würde. Es ist ein verhängnisvoller Unsinn, wenn behauptet wird, für uns sei es gleichgültig, ob der westliche oder der östliche Imperialismus die Welt beherrsche. Gegenüber dem osteuropäischen Zwangsstaat wäre der amerikanische Kapitalismus das weit geringere Übel, schon deshalb, weil er immerhin die Möglichkeit offen läßt, für eine demokratische Weiterentwicklung einzutreten.

V. Was nun?

Demokratie bedeutet heute und in alle Zukunft Frieden, gesicherten Frieden. Jede Diktatur aber hat ihrem Wesen gemäß das Bestreben, auch um sich herum alles, was nach Freiheit oder gar nach demokratischem Sozialismus aussieht, mit allen Mitteln, einschließlich Waffengewalt, zu bekämpfen. Aus Gründen, die hier nicht weiter auszuführen sind, müssen wir darauf gefaßt sein, daß vielleicht noch lange Zeit in unserer Nähe mindestens *eine* sehr angriffslustige Diktatur besteht. Ihr Sieg würde bedeuten, daß, ganz abgesehen von unserem verhältnismäßigen materiellen Wohlstand, alles, was wir an Freiheit, Menschenwürde und daraus entspringenden kulturellen Werten kennen, einschließlich der menschlichen Träger dieser Werte, mit peinlicher Gründlichkeit ausgetilgt würde. Und sollte es jemals, was nicht einmal sicher ist, zur Wiedergewinnung dieser Werte kommen, dann nur auf dem Wege der Gewaltanwendung in entgegengesetzter Richtung. Wenn wir nicht endgültig auf die Freiheit verzichten wollen, so weichen wir der Gewaltanwendung nicht dadurch aus, daß wir auf Abwehr verzichten.

Aber selbst ein halb- oder dreiviertelsverrückter Diktator schreitet nur dann zum Krieg, wenn er sich davon einen endgültigen Erfolg verspricht. Gelingt es, ihm diese Aussicht zu nehmen, so wird er nur in der Verzweiflung angreifen. Nur der Zusammenschluß einer militärisch gerüsteten westlichen Welt hat bisher verhindert, daß der Eiserne Vorhang weiter nach Westen verlegt wurde. An Versuchen, dies auf «kaltem» Wege zu

tun, hat es ja nicht gefehlt. Wenn wir auch an jenem Zusammenschluß formell nicht beteiligt sind, so beweist doch die Tatsache, daß die schweizerische Aufrüstung in Moskau sehr ungnädig aufgenommen wird, daß man ihr irgendeine unerwünschte Bedeutung beimißt.

Wir kommen nicht darum herum: sofern wir nicht den Standpunkt der absoluten Gewaltlosigkeit unter allen Umständen einnehmen, und die überwiegende Mehrheit von uns wird das nicht tun, bleibt uns unter den heutigen Verhältnissen nichts anderes übrig, als ein gewisses Maß von militärscher Rüstung anzustreben und aufrechtzuerhalten. Nun liegt es, wie schon im Jahre 1924 ausgeführt, im Wesen jeder militärischen Rüstung, daß es bei ihr eigentlich niemals ein «Genug» gibt, außer man wäre stärker als alle in Frage kommenden Gegner zusammen. Wir werden uns also mit einem Kompromiß abfinden müssen, das ohne Beeinträchtigung der Wohlfahrt der breiten Massen noch tragbar ist. Dies ist besonders deshalb schwierig, weil wir darauf ausgehen müssen, unsere zahlenmäßige Schwäche durch technische Mittel, die sehr viel Geld kosten, zu deren Handhabung aber unsere Leute gut befähigt sind, auszugleichen.

Schlimm ist und bleibt die moralische Seite der Sache. Junge Menschen müssen zum Zerstören und Töten ausgebildet werden. 1939 bis 1945 konnten wir uns wenigstens noch einreden, der deutsche Soldat, auf den wir zu schießen haben würden, sei ein Nazi und damit so etwas wie ein persönlicher Feind. (Erst später haben wir erfahren, daß die wirklichen Nazi sich meist im Hinterland unentbehrlich machten und ihre politischen Gegner ins Feuer schickten.) Der russische Muschik aber, mit dem wir es im Falle eines dritten Weltkrieges zu tun haben würden, ist subjektiv unschuldig, denn er wird wirklich glauben, sein Vaterland gegen den Angriff des anglo-amerikanischen Imperialismus zu verteidigen. So darf es auf keinen Fall zur Verherrlichung von Krieg und Waffengewalt oder zur Verniedlichung des Krieges kommen. Mag es seine kämpferischen Qualitäten in gewisser Hinsicht beeinträchtigen, der Schweizer Soldat soll sich der Fragwürdigkeit seines Tuns bewußt bleiben.

Es gibt aber noch andere als militärische Abwehrmittel, und sie könnten sich sogar als wirksamer erweisen als diese. Von den russischen Soldaten, die während des letzten Krieges in der Schweiz interniert waren und die unseres Wissens ohne große Begeisterung in ihre Heimat zurückgekehrt sind, hat man nie mehr etwas gehört. Wenn aber einige Hunderttausend russischer Soldaten in die Schweiz kommen und es nicht mehr zu vermeiden ist, daß sie die hiesigen Verhältnisse mit ihren eigenen vergleichen, kann man sie nachher einfach beseitigen? Vielleicht kann «man» auch das, aber so ganz einfach wird es nicht sein. Also bereiten wir alles vor, daß jedes Betreten der Schweiz durch osteuropäische Soldaten (es brauchen nicht nur russische zu sein) zu einer schweren freiheitlichen Ansteckung führen müßte. So würden die ruhmreichen Soldaten des Generalissimus gewiß erfreut sein, in der Schweiz mehr Uhren als in irgendeinem andern Lande «requirieren» zu können, aber sie könnten sich doch auch Gedanken darüber machen, wieso hier nicht nur Parteifunktionäre, sondern auch einfache Arbeiter sich solchen Luxus leisten können. Es ist hier nicht der Ort, diesen Gedanken weiter zu entwickeln, und es braucht auch nicht alles, was sich in dieser Hinsicht vorbereiten läßt, im voraus öffentlich bekanntgegeben zu werden.

All dies darf uns aber nicht von der Hauptaufgabe ablenken: Beseitigt werden muß die Möglichkeit von Kriegen überhaupt. Der Krieg ist keine unabwendbare Naturerscheinung wie Wind und Wetter, Ebbe und Flut, sondern Menschenwerk. Selbst große Heer-

führer sprechen heute davon, daß es notwendig und möglich sei, ihn abzuschaffen. Eine Organisation der demokratischen und friedliebenden Völker mag, wenn es gut geht, kriegslustige Diktatoren im Zaum halten. Die Kriegsgefahr wirklich beseitigen können die Völker nur, wenn sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. So gibt es auf die Dauer nichts Wirksameres zu tun, als für Ausbreitung und Sicherung der Demokratie in der ganzen Welt zu arbeiten. Dabei ist Demokratie zunächst abgesehen von Kapitalismus oder Sozialismus verstanden. Es gibt aber schon heute keine Demokratie mehr in der Welt, die sich nicht, wenn auch mit vorübergehenden Rückschlägen, in der Richtung auf den Sozialismus hin entwickeln würde. Diese Entwicklung ist nicht als Geschenk gekommen, sondern wird überall in harter Arbeit errungen. Sie allein vermag die Demokratie und damit eine auf den Frieden gerichtete Politik des eigenen Staates zu sichern. Erst wenn diese Strömung die ganze Welt erfaßt hat, wird der Friede gesichert sein. Der Weg scheint uns weit, sehr weit, und es ist wenig wahrscheinlich, daß unsere Generation noch das Ziel erreichen oder auch nur vor sich sehen wird. Aber wir glauben nun wenigstens zu wissen, welche Richtung wir unsern Anstrengungen zu geben haben, und schon damit ist viel gewonnen.

PAUL FURRER

Das neue China

Die Auseinandersetzungen zwischen den USA und Großbritannien über die Entwicklung in Korea, vor allem aber die Gefahr einer Ausweitung des Konfliktes zu einem Weltkrieg scheinen einer vorurteilslosen Untersuchung über die internen Verhältnisse Chinas nicht günstig zu sein. Und doch wird sich, wenn der Welt das Schlimmste erspart bleibt, das Problem China erneut stellen: Wie steht es um China heute? Welcher Art sind die Beziehungen Chinas zu Rußland? Wie soll sich der Westen zu diesem neuen Riesenreich einstellen?

In der «Roten Revue» vom September 1949 wurden die Ausführungen Lattimores skizziert, der die USA dringend davor warnte, sich der Entwicklung in China mit Waffengewalt entgegenzustemmen. Was er befürwortet, eine Politik der Zusammenarbeit, des Ausmanövrierens einer russischen Einflußnahme durch amerikanische Hilfe, wurde von den USA nicht befolgt. Die USA betonten zwar bis zum Koreakonflikt ihre «traditionelle Chinafreundlichkeit», verhinderten aber anderseits ganz offen eine Aufnahme Chinas in den Sicherheitsrat. Heute ist die Lage so, daß der Einsatz der Atombombe in verantwortlichen Kreisen erwogen wird, und daß bekannte amerikanische Kongreßmitglieder für eine Zerstörung des Verkehrsnetzes und der Industrieanlagen Chinas Propaganda machen.